

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 18. Juni 1920, Nr. 200.

Die Straßenbahnlinie nach Orth. In verschiedenen Zeitungen war eine Mitteilung erschienen, dass der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen in seiner letzten Sitzung über Antrag des GR. Schmid beschloss, eine Straßenbahnlinie von Groß-Enzersdorf nach Orth (od. Dornau) auszubauen und den Betrieb auf ihr elektrisch zu führen, wegen der sozialdemokratische Berichterstatter die Ablehnung beantragt. Demgegenüber muss richtiggestellt werden, dass das Referat über diesen Gegenstand von Direktor Spängler erstattet wurde, der aus verschiedenen Gründen zu dem Antrag gelangte, die Herstellung der Bahnlinie durch die Gemeinde abzulehnen. GR. Schmid stellte den Zusatzantrag, den Bahnbau, Dornau, abzulehnen. In dieser Form wurde der Antrag auch zum Beschluss erhoben.

Abgabe von Frühkartoffeln. Samstag bis Montag werden im 7. Bezirke italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 10.- per kg. und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf abgegeben. Abtrennung der Bushatzen. M^o der Kartoffelkarte angegeben.

Sprachkurse für Schulkinder. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat über Antrag des amtsführenden SA Richter beschlossen, für die aus der Fremde heimkehrenden Kinder, welche in den dort erworbenen Sprachkenntnissen zu bewahren, 10 Schulen in Wien Sprachkurse in italienischer und holländischer Sprache abzuhalten. Kurse in anderen Sprachen, die in den Gastländern gesprochen werden, sind im Ausnahmefalle genehmigt und hängt der Ausdehnung der Kurse davon ab, wie die nun eingereichten 10 Kurse besucht sein werden.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 18. Juni 1920, Nr. 201.

Die Affichierung fremdsprachiger Plakate. Der deutsch-französische Klub in Wien gibt am 26. Juni ein Gartenfest zu Gunsten eines Kinderospitals. Er hat französische Plakate anfertigen lassen, zu deren Affichierung die Erlaubnis der Gemeinde Wien eingeholt werden mußte. Im Ausschuss für allgemeine Verwaltung kam ein Magistratsantrag auf Erlaubnis der Affichierung dieser Plakate zur Sprache, gegen den sich die christlichsozialen Mitglieder des Ausschusses mit der Begründung wendeten, daß durch die Anbringung fremdsprachiger Plakate der deutsche Charakter Wiens gefährdet werde. Von sozialdemokratischer Seite wurde ein-

gewendet, daß die Gemeinde gegenwärtig gar keine Ursache habe die alten Plakate einer längst vergangenen Zeit anzuwenden und daß es den deutschen Charakter Wiens durchaus nicht schaden könne, wenn auch fremdsprachige Plakate angebracht werden. Dem Magistratsantrage wurde zugestimmt.

Lebensmittelfälschungen. In dem Tätigkeitsbericht des Marktammtes im Mai wurde Schrettenbacher, XV., Mariahilferstrasse 129 genannt und bemerkt, daß dieser als Heidelbeerwein (ein fast alkohol- und zuckerfreies mit Saccharin versüßtes Kunstprodukt) in Verkehr gebracht hat. Dies muß dahin berichtigt und ergänzt werden, daß Schrettenbacher den Heidelbeerwein von L. Prischmig, III., Wedelgasse 3 bezogen und selbst der Untersuchungsanstalt vorgelegt und weil verfälscht nicht verkauft hat. Da senach eine Uebertretung des Lebensmittelgesetzes seitens des Prischmig vorliegt, wurde auch nur gegen diesen die Anzeige erstattet.

Höchstpreise für Preßhefe. Der neu festgesetzte Detailpreis für Preßhefe (Germ) beim dekaweisen Verkauf beträgt 60 Heller per dkg. Jede Ueberschreitung dieses Höchstpreises ist strafbar und wird zur Anzeige gebracht.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung, am 18. Juni 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Der an Stelle des ausgeschiedenen GR. Domes einberufene GR. Johann Drexler leistet die Angelebung.
Gesendet haben: Die Ortsgruppe Mannheim des Volksbundes der Deutschen aus dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn das Ergebnis einer Sammlung zu Gunsten der Wiener Kinder 4.200 Mark = 18.753 K.

Die Stadtverwaltung Neuwid für die notleidende Bevölkerung der Stadt Wien 500 Mark = 2.150 K.

Leopold Walcher, Wien, XVI., im Namen des Vereines Sommerrennen zu Gunsten der Armen Wiens 326 K.

Die Firma Geo Borgfeldt & Co. in Berlin für Hospitaler, Alters- und Kinderversorgungsanstalten 919 Kisten Kondensmilch.

Oberlehrer Dr. Sander in Greifswald als Ergebnis einer Sammlung für die notleidende Bevölkerung Wiens eine Kiste Liebesgaben.

Die „Göttinger Zeitung“ in Göttingen als Ergebnis einer Sammlung für die notleidende Bevölkerung Wiens eine Kiste Lebensmitteln.

Direktor i. B. Rudolf Petzel in Wien, eine weitere Folge der Jahrbücher über den Elementarunterricht in Urquial Aufgabe 1919 Montevideo für die städtischen Sammlungen.

Frau Karo Heywood in Zürich für notleidende Kinder 75 Frs.

Herr Becke, Biltheven, Holland, für arme Wiener Kinder 2 hell. Gulden.

Die dänische Hilfsaktion für Verteilung an Vereine, Tagesheimstätten etc. 33.000 kg Fische, 45.000 kg Kartoffel und 900 kg Margarine

VB. Franz Hess hat einen Antrag wegen Errichtung von zwei Jahrgängen einer höheren Staatsgewerbeschule für Maschinenbau im 21. Bezirk im Anschluß an die bestehende Werkmeisterschule gestellt. Der Antrag wird dem Magistrat zur Verberatung zugewiesen.

GR. Leopold Grünfeld (Soz. Dem.) hat einen Antrag wegen Aufrechterhaltung der Haltestelle der Straßenbahn Ecke Bellegardegasse in Kaisermühnen eingebracht. Der Antrag wird der Straßenbahndirektion zur Entscheidung zugewiesen.

Bgm. Reumann erklärt, daß Post 1 bis 7 angenommen sind, weil keine Wertmeldung vorliegt.

GR. Richter (Soz. Dem.) referiert über den Verkauf der Häuser VII., Wimberggasse 15 und Neubaugürtel 54 aus der Ver- um den Mindestkaufschilling von 850.000 K lassenenschaft Karl Müller. Die Gemeinde Wien ist Erbin von 3/39 Anteilen des Nachlasses nach Karl Müller. Ueber Verfügung der Erblässers müssen die Häuser verkauft werden, um die Erben aus dem Erlöse zu befriedigen. Von allen andern Erben liege bereits die Zustimmung zum Verkaufe vor. Redner beantragt daher, daß auch der Gemeinderat dem Verkaufe zustimme.

GR. Retter (Chr. sez.) fragt den Referenten um das Grund- ausm. d. Zinsertragnis und den Käufer des Hauses.

GR. Richter (Soz. Dem.): Hierüber ist im Akte nichts enthalten, weil das Haus nicht in Verwaltung der Gemeinde Wien steht, sondern vom Testamentsverächter administriert wird.

GR. Retter (Chr. sez.): Daß man einen Hausverkauf ohne zu wissen wie groß das Zinsertragnis ist, das ist doch ein sehr schleppes Referat. Ich stelle den Rückverweisungsantrag.

GR. Richter (Soz. Dem.): Ich muß mich gegen den Rückverweisungsantrag aussprechen, weil der Verkauf nach Angabe aller Fachleute äußerst günstig ist.

Der Rückverweisungsantrag wird dahin abgelehnt, der Referentenantrag angenommen.

Nach einem Berichte des G.R. Speiser (Soz. Dem.) wird der Zentrale der Wirtschaftsbetriebe des Verbandes der Angestellten der Gemeinde Wien (Zewiverba) zwecks Bezuges von Volksbekleidungsschuhen und Abgabe derselben städtischen Angestellten ein unverzinsliches Darlehen von 300.000 K bewilligt.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über die Bewilligung eines Zuschusses zur gleitenden Zulage für städtische Pensionsparteien und über die Bewilligung einer gleitenden Zulage für aktive Angestellte. Der Zuschuss beträgt mit Rücksicht auf die beim Staate bewilligte Erhöhung der gleitenden Zulage für die Monate Mai und Juni in der Bezugsklasse I je 92 K, in der Bezugsklasse II je 77 K, und in der Bezugsklasse III je 62 K für jede für die gleitende Zulage in Betracht kommende Person und jeden Monat. Durch die Gewährung dieses Zuschusses dessen Anrechnung auf eine etwaige künftige Regelung der Bezüge der Pensionsparteien bzw. aktiven Angestellten vorbehalten bleibt, wird einer etwaigen solchen Regelung in keiner Weise vorgegriffen.

Der Referent bemerkt hierzu: Es wurde in manchen Angestelltenkreisen darüber Klage geführt, dass der im vorigen Monat vor Pfingsten ausbezahlte Betrag von 300 K für jeden Angestellten am 1. Juni bei der Gehaltsauszahlung wieder abgerechnet wurde. Hierzu muss ich bemerken, dass diese Auszahlung lediglich über Drängen des Verbandes der Angestellten als Bevorschussung der am 1. Juni fälligen gleitenden Zulage pro Mai angewiesen wurde. Da aber die Liquidierung der Gehalte, die allmonatlich bereits am 12. begonnen wird, schon mitten im Zuge war, musste von einer Separatliquidierung abgesehen und der Abzug von den Junibezügen angeordnet werden. Dieser Abzug wurde dadurch erträglicher gemacht, dass er von den Wochenlöhnen in 4 Raten vollzogen wird.

Was nun die beantragte Auszahlung betrifft, so hätte nach den bestehenden Gemeinderatsbeschlüssen die gleitende Zulage pro Mai mit einer Kopfquote von 123 K am 1. Juni ausbezahlt werden sollen. Diese Quote ist selbstverständlich bereits bei der Liquidierung der Gehalte berücksichtigt. Nun hat aber der Staat vom 1. Mai an die gleitende Zulage mit 215 K pro Kopf und Monat festgesetzt und es soll diese Erhöhung auch bei den Angestellten der Gemeinde Platz greifen. Es ergibt sich daher eine Aufzahlung

vom Mai und Juni von je 92 K, zusammen 184 K. Diese Aufzahlung sowie die obigen 123 K, zusammen also 307 K pro Kopf des Familienstandes, sollen gemäß dem Wunsche des Verbandes noch in diesem Monat ausbezahlt werden, damit die Angestellten für die letzten Tage des Monats Geld in die Hand bekommen. Da aber wie gesagt, 123 K bereits in der Liquidierung der am 1. Juli fälligen Bezüge inbegriffen sind, so wird von der Auszahlung an diesem Tag der Betrag von 123 K pro Kopf des Familienstandes von den auszahlenden Bezügen in Abzug gebracht werden. Gegenüber dem Vormonat ergibt sich somit insofern ein bei weitem günstigeres Verhältnis, als nicht der ganze Betrag, sondern nur 123 K von 307 K pro Kopf abgezogen werden.

Den Anträgen des Referenten wird zugestimmt.

Damit ist die Tagesordnung der Sitzung erledigt.

GR. Dr. Danneberg stellt folgende Anfrage: Die Brunnen in den Wiener Anlagen sind überall in Tätigkeit. Nur der Hochstrahlbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz ist nicht im Betriebe. Die Bevölkerung der angrenzenden Bezirke, die in diesen Anlagen an heißen Tagen Kühlung sucht, bedauert dies sehr. Ich stelle daher die Anfrage: 1. Warum ist der Hochstrahlbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz nicht im Betrieb? 2. Wird der Brunnen bald in Betrieb gesetzt werden?

Hierauf erwidert der amtsführende Stadtrat Siegel: „Der für die Abteilung der Ueberfallwässer des Hochstrahlbrunnens dienende Kanal ist schadhaft geworden und sind infolgedessen Straßensetzungen in der Fahrbahn des Rennweges entstanden. Der Kanal mußte aus diesem Grunde außer Betrieb gesetzt werden. Das Stadtbauamt hat einen Entwurf für die Instandsetzung dieses Kanales ausgearbeitet und werden vom Magistrate wegen Beitragsleistung zu den Kosten der Ausführung mit der Schwarzenberg'schen Verwaltung als Eigentümerin dieses Kanales Verhandlungen geführt. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen wird an den Gemeinderatsausschuß für technische Angelegenheiten berichtet und nach Genehmigung des Entwurfes und der Vereinbarung an die Ausführung der Kanalinstandsetzung geschritten werden. Nach Vervollendung dieser Instandsetzung kann der Hochstrahlbrunnen voraussichtlich noch im Herbst dieses Jahres in Betrieb gesetzt werden.“